

Lippelt, Jana; Pfeiffer, Johannes; Röpke, Luise

Article

Kurz zum Klima – Spezial zur Bundestagswahl: Große Koalition der Klimaretter?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Lippelt, Jana; Pfeiffer, Johannes; Röpke, Luise (2013) : Kurz zum Klima – Spezial zur Bundestagswahl: Große Koalition der Klimaretter?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 17, pp. 47-55

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/165321>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jana Lippelt, Johannes Pfeiffer und Luise Röpke

Am 22. September ist Bundestagswahl. Europäische Finanzkrise, Datenschutz, Pkw-Maut und Mindestlöhne sind die beherrschenden Wahlkampfthemen. Im Vergleich zum letzten Bundestagswahlkampf 2009, kurz vor dem Weltklimagipfel in Kopenhagen, spielt die internationale Klimapolitik, wenn überhaupt, nur noch eine Nebenrolle. Die klimapolitischen Themen des Wahlkampfes werden vielmehr überdeckt von der Energiewende. Deutschland hat die Energiewende – getragen von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens – mit dem Ziel eingeleitet, Treibhausgasemissionen zu vermindern. Auch wenn die klimapolitischen Ziele so bereits direkten Eingang in die nationale Energiepolitik gefunden haben, besteht allerdings auf internationaler Ebene unverändert Handlungsbedarf für wirksamen Klimaschutz.

Im Folgenden stellen wir stichpunktartig, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die klimapolitischen Zielsetzungen und Strategien sowie die Vorschläge zu ausgewählten Problemfeldern der Energiewende, die die fünf derzeit im Bundestag vertretenen Parteien in ihren Wahlprogrammen skizziert haben, gegenüber.¹ Trotz der aus Platzgründen notwendigen Kürzungen ist es unser Ziel, die Aussagen möglichst getreu der Programmtexte wiederzugeben.

Wie bereits beim Beschluss der Energiewende fällt auch in den Wahlprogrammen die große Einigkeit bei der Zielsetzung der Klima- und Energiepolitik auf. Größere Differenzen sind auch bezüglich der Fortführung der interna-

tionalen Klimaschutzanstrengungen nicht zu erkennen. Deutlich im Vordergrund stehen in den klimapolitischen Abschnitten der Wahlprogramme die Ausführungen zur weiteren Gestaltung der Energiewende. Die internationalen Herausforderungen des Klimawandels und der Klimapolitik treten damit hinter den kurzfristigeren und politisch drängenderen Problemen – steigende Strompreise, wachsende Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung und stockender Netzausbau – zurück. Hier ergibt sich nicht nur ein konkreteres und umfangreicheres Bild von den Vorstellungen der Parteien, sondern auch ein deutlich kontroverseres.

Die Verschiebung von einem weitgehend unumstrittenen Bemühen um internationalen Klimaschutz hin zu den Details der deutschen Energiepolitik war auch in der allgemeinen öffentlichen Debatte der vergangenen Jahre zu beobachten. Diese energiepolitischen Auseinandersetzungen werden von scheinbar unüberwindbaren und fundamentalen Gegensätzen geprägt, die angesichts der großen Einigkeit bezüglich der Notwendigkeit einer Energiewende und der Strategien für wirksamen internationalen Klimaschutz überraschen. Deutlich werden diese Gegensätze in der folgenden Übersicht etwa in den unterschiedlichen Positionen der Parteien zur weiteren Förderung der erneuerbaren Energien oder zur Zukunft fossiler Energieträger, aber auch im Bereich der Gebäudesanierung. Auf eine Wertung der einzelnen Position wird bewusst verzichtet. Diese sei dem Leser überlassen.

¹ Das Thema der Kernkraft wurde hier ausgeklammert.

Internationale Klimapolitik: Ziele und Strategie

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Langfristige Ziele für eine wirksame internationale Klimapolitik	Weltweites Handelssystem [...] entwickeln; Idee eines »Clubs der Energiewendestaaten«, der alle Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt, umsetzen; Gemeinsam mit diesen Ländern wollen wir uns für ein neues verbindliches Klimaabkommen einsetzen, das sich an das sogenannte Kyoto-Abkommen anschließt.	Ziel ist die Bekämpfung des Klimawandels; Unkonditionierte Zusage der EU zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30%.	[Begrenzung der] Folgen der Klimaveränderungen [und der] Erderwärmung [auf] 2 Grad; Es braucht [...] einen globalen Rahmen, der den Ausstoß von klimawirksamen Gasen regelt. Bis 2015 ein ambitioniertes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll.	Verbindliches Klimaschutzabkommen für alle Staaten; Kurzfristig Absenkung der Emissionen in allen Industriestaaten; langfristig Angleichung der CO ₂ -Emissionen pro Kopf; Ausrichtung von Vermeidungsverpflichtungen an Emissionen und Wirtschaftskraft; Zügige Ratifizierung der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls.	Klimaschutzgesetz
Internationaler Klimafahrplan (Wie bringt man Dynamik in den internationalen Verhandlungsprozess?)	Auf europäischer Ebene legen wir weiterhin Wert auf die von den EU-Mitgliedstaaten mit Blick auf 2020 vereinbarten Ziele; Wir [setzen] uns für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ein: Wir wollen erreichen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in Europa bis 2020 um 30% gegenüber 1990 vermindert wird.	Ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik; Allianzen der klimapolitisch vorangehenden Staaten; Abkehr vom bisherigen Prinzip des Abwartens auf »das langsamste Schiff im Geleitzug«; Enge Verbindung von nachhaltiger Entwicklungspolitik mit globaler Umweltpolitik; Unterstützung ärmerer Länder im Kampf gegen Klimaveränderungen, für Ausbau erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz.	»Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten« mit Deutschland in einer Allianz ambitionierter Vorreiter innerhalb der Vereinten Nationen; [Ausbau und Verstärkung von] Klimaschutzallianzen; Gründung von Klima-Clubs [für] neue Dynamik [im] internationalen Verhandlungsprozess; Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen; [Begrenzung des] EU-weiten CO ₂ -Ausstoßes [...] auf mindestens 30% [ohne Auslandsprojekte].	Weiterhin außenpolitischer Schwerpunkt auf Klimaaußenpolitik <ul style="list-style-type: none"> zur Flankierung der UN-Klimaverhandlungen; für Allianzen mit neuen Gestaltungsmächten und mit vom Klimawandel betroffenen Staaten; Dialog über wirtschaftliche Chancen einer emissionsarmen Modernisierung und Kommunikation der Energiewende im Ausland; Einhaltung der deutschen Finanzzusagen für Klimaschutz in Entwicklungsländern (Emissionsreduktion und Anpassung).	Die Herausforderungen, die der Klimawandel für Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssen solidarisch und global gelöst werden; Die, die am stärksten unter den Folgen leiden, benötigen besondere Unterstützung.

<p>Strategie: Deutschland als Klima-Vorbild?</p>	<p>Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft weitweiter Impulsgeber für einen wirksamen Klimaschutz ist; [Wir] wollen [...], dass Deutschland als Hochtechnologieland seine größeren technischen Möglichkeiten voll ausschöpft und mit einem nationalen Minderungsziel von 40% einen größeren Beitrag dazu leistet.</p>	<p>Energiewende als Vorbild für neues Wachstumsmodell in Schwellenländer und so Schritt zu globalem Klimaschutz; Nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenzielen (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030, mindestens 80% bis 2040) und mit Zielen für alle klimarelevanten Sektoren; Mindestens 95% Senkung der CO₂-Emissionen (national) bis 2050 gegenüber 1990.</p>	<p>[Durch] Energiewende [...] weitweite Vorreiterrolle; [Bei Erfolg werden sich] wichtige Staaten unserem Beispiel anschließen und eine neue globale klimapolitische Dynamik entstehen lassen; Testfall [...], ob Klimaschutz und erneuerbare Energien mit wirtschaftlicher Vernunft und mit Gewinn verbunden werden können; Verbindliches Ziel, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40%, bis 2030 um 60%, bis 2040 um 80% und bis 2050 um 95% unter das Niveau von 1990 zu reduzieren.</p>	<p>Deutschland möglicher Impulsgeber für neues Zeitalter; Export von Ideen und Innovationen als langfristig und global wirkender Beitrag zum Einsparen von Energie und Ressourcen, zur Emissionsvermeidung und zur Erhöhung der Lebensqualität; Reduktion des CO₂-Ausstoßes (national) bis 2020 um 40%, bis 2050 um 80 bis 95% gegenüber 1990 (Ziele der Bundesregierung).</p>	<p>Wir wollen den Treibhausgasausstoß in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 halbierten, bis 2050 um mindestens 90% reduzieren und dies in einem Klimaschutzgesetz festzuschreiben.</p>
<p>Zukünftige Bedeutung und Rolle des Europäischen Emissionshandels</p>	<p>Wir setzen auf einen europäischen, marktwirtschaftlich organisierten Emissionshandel; Bestehende Schwächen am jetzigen Handelssystem [...] beheben und wirksame Anreize setzen, damit klimaschädliche Treibhausgase vermieden werden können.</p>	<p>Reaktivierung des europäischen Emissionshandels; Europäischer Emissionshandel als zentrales marktwirtschaftliche Instrument für Anstoß von Investitionen in Energieeffizienz.</p>	<p>[Stärkung des ETS durch] Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO₂; Bis zur Einigung [in EU] geht Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises voran; [Statt Ausweitung des ETS Orientierung der Energiesteuern am CO₂-Ausstoß] in anderen Emissionssektoren.</p>	<p>Hohes Gewicht auf Emissionshandel; Ablehnung einer Ablösung des EU-Emissionshandels durch CO₂-Steuer; Ausweitung des EU-Emissionshandels auf gesamten Verkehrs- und Wärmesektor; Senkung/Abschaffung von Steuern, die ökologische Lenkungswirkung verlieren; Vernetzung des EU-Emissionshandels mit Handelssystemen im EU-Ausland.</p>	<p>Wir wollen den Anstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Emissionshandel hat das nicht geleistet, seine Bilanz der vergangenen acht Jahre ist verheerend; Kohleausstiegsgesetz durchsetzen, das ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und für den Neaufschluss von Braunkohletagebauen vorsieht.</p>

Energiewende I: Ziele und Maßnahmen

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
<p>Ausbau erneuerbarer Energien und zukünftiger Energiemix</p>	<p>Vielfalt von Windenergie an Land und auf dem Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Erdwärme nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und auf einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten achten; [Wir] benötigen [...] moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam auszugleichen. [...] Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen.</p>	<p>40 bis 45% Stromanteil durch erneuerbare Energien, 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung (insbesondere Ausbau Fernwärme) bis 2020; Bis 2030 75% Stromanteil aus erneuerbaren Quellen; 20% des Wärmebedarfs aus erneuerbare Energien; Konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange keine bedarfsgerechte Stromlieferung mit Erneuerbaren Energien.</p>	<p>[Ein Klimaschutzgesetz soll in das Zeitalter der erneuerbaren Energien weisen.] den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und verbindliche Emissionsreduktions-Ziele formulieren; Bis 2022 mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien; Bis 2030 Strom zu 100% erneuerbar produzieren, im Gebäude- und Wärmebereich bis 2040; Anteil der KW an Stromerzeugung bis 2020 mind. 25%; Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität verknüpfen; Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden.</p>	<p>Gleichmäßiger Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Überhitzungen; Sicherung und Verbesserung der Erdgasversorgung; Verpflichtung der Großhändler von Öl und Gas zur Vermarktung eines Anteils erneuerbarer Wärme im Rahmen eines Mengenmodells; Reform des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.</p>	<p>Wir werden uns weiterhin für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen; Überbeuerte Großprojekte der Energiekonzerne wie z.B. die Off-Shore-Windparks in der Nordsee lehnen wir ab; Strom- und Wärmeversorgung aus 100% erneuerbaren Energien (im ersten Schritt Stromversorgung bis 2020 50%, Wärmeversorgung auf 20%).</p>
<p>Europäischer Markt für erneuerbare Energien</p>	<p>Wir setzen uns [...] für einen europäischen Energie-Binnenmarkt ein; Engere Abstimmung in der EU und einen weiteren Ausbau des europäischen Stromverbundes; Wir brauchen größere international aufgestellte Energieversorger, die vielen Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft gleichermaßen.</p>	<p>Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle [bei der Umsetzung der Energiewende] auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.</p>	<p>Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien (ERENE); EU-Vertrag für erneuerbare Energien; EU-Ziele bis 2030; Wettbewerbsfähige Solarindustrie als industrieller Schwerpunkt in der EU; Europäische Industriepolitik; Förderung durch Finanzierungsinstrumente; europäische Antwort auf unfaire Dumpingpraktiken nötig.</p>	<p>Förderung des EU-Binnenmarkts und Einführung eines garantierten Mindestanteils für erneuerbare Energien; Europäisches Fördermodell für erneuerbare Energien (Mengenmodell); Partnerschaft bei erneuerbaren Energien mit Nordafrika; Weitere Unterstützung des Baus solarthermischer Kraftwerke in Nordafrika; Rechtssicherheit für Marktzugang von Solar- und Windstrom aus Nordafrika in die EU sowie für Transit-Leitungsbau.</p>	

<p>Energieeffizienz</p>	<p>Wir [wollen] auf die großen Einsparmöglichkeiten hinweisen. Dabei verfolgen wir das Prinzip der Technologieoffenheit; Bis zum Jahr 2020 wollen wir so den Energieverbrauch um 20% und den Stromverbrauch um mindestens 10% in Gebäuden vermindern; Investitionen in Energiesparmaßnahmen wollen wir finanziell fördern; Dazu werden wir das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen.</p>	<p>Verdoppelung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990; Zwischenschritte zur Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 im Klimaschutzgesetztes (vgl. oben); Energiesteuervergünstigung für Industrie nur bei Nachweis der tatsächlichen Minderung des Verbrauchs im gesamten betriebswirtschaftlich sinnvollem Umfang; Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; Anreize für Unternehmen und Privatpersonen, Bereitstellung der Infrastruktur für Nah- und Fernwärme; Orientierung europäischer Verbrauchsstandards am fortschrittlichen Stand der Technik, aber ohne Festlegung der Technologien (Top Runner-Ansatz); Große Potenziale bei Gebäudesanierung; Erhöhung des KfW-Programms zur energetischen Sanierung; Ausrichtung der Förderung an tatsächlich eingesparter Energie.</p>	<p>[Wir wollen eine] gesetzliche Grundlage für einen Markt für Energieeffizienzmaßnahmen in Industrie, Gewerbe und Haushalten schaffen; Ziel: bis 2020 15% des Stromverbrauchs einsparen; Große Einsparpotenziale im Wärme- und Verkehrssektor; Energiesparfonds und Anreize zur energetische Sanierung von Gebäuden, Programm für energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro aufstocken, energetische Sanierungsquote von heute 0,7% auf 3%; Sanierung aller Häuser auf Niedrigenergiehausniveau, Förderung von Plusenergiehäusern; Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz: bei Heizungsanlagen muss erneuerbare Wärme anteilig genutzt werden; Ab 2015 Verzicht auf neue Ölheizungen; Kopplung von Strom- und Wärmeversorgung ; Begrenzung der Subventionen auf Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen können; Durch Kürzung umweltschädlicher Subventionen 3,5 Mrd. Euro umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein Marktanreizprogramm, erneuerbare Wärme und »Smart Grid«-Technologien (intelligente Stromnetze) und für Forschung.</p>	<p>Steigerung der Energieeffizienz Teil eines zukunfts-fähigen Energiemarkts; primär durch Anreize aus dem Markt; Intensivere Beratung und Know-how-Transfer auch in der Industrie (Schwerpunkt in der mittelständischen Wirtschaft); Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie in deutsches Recht gemäß Prinzip »Anreiz statt Zwang«: möglichst viele Entscheidungsspielräume für Bürger und Unternehmen; Anrechnung aller bestehender Maßnahmen; Schlüsselrolle der Gebäudesanierung; Fortführung KfW-Gebäudesanierungsprogramm mindestens auf bisherigem Niveau; Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung; Für Neubauten ordnungstechnisch ambitionierter Stand; im Gebäudebestand keine Zwangssanierungen und keine überzogenen Umwelt- und Energieauflagen.</p>	<p>Verbessert[...] Förderung der energetischen Gebäudesanierung und Blockheizkraftwerken; [...] verpflichtenden Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten schrittweise steigern und bei grundlegenden Sanierungen auch auf den Gebäudebestand ausweiten.</p>
--------------------------------	---	--	--	--	--

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Zukunft des EEG	Wir [wollen] das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln; [...] verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen; [...] keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen; [...] wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien [...] erreichen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können.	Grundlegende Reform des EEG zur langfristigen und berechenbaren Sicherung des Ausbaus und zur konsequenten Begrenzung der Kosten; Neuausrichtung des EEG, so dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist; Schrittweise Reduktion der Einspeisevergütungen dank mittel- bis langfristig sinkender Herstellungskosten über Innovationen und technischen Fortschritt im Bereich der erneuerbaren Energien.	EEG intelligent fortentwickeln; Investitionssicherheit durch Einspeise- und Anschlussvorrang sowie Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostenreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen; Sachgerechte und ehrliche Gestaltung der EEG-Umlage; Überarbeitung des EEG für weiterhin dynamischen Ausbau der Erneuerbaren und gerechte Verteilung der Kosten; Fokus auf kostengünstige Technologien; Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung schaffen, etwa bei der Biomasse.	Europäischer Binnenmarkt und Fördermodell für erneuerbare Energien (vgl. oben); Zügige Umsetzung eines nationalen Mengenmodells zur Förderung der Erneuerbaren; Höhere Absenkungen der Einspeisevergütungen und Marktzuschläge pro Jahr für Neuanlagen; Ausweitung des »atmenden Deckels«; Beendigung der EEG-Förderung einer Technologie bei Erreichen des Ausbauziels; Ausnahmen u.U. bei Anlagen mit zusätzlichen Aufgaben; Stufenplan für verpflichtenden Wechsel aller Anlagengrößen und Technologien von Einspeisevergütungen zur Direktvermarktung; Entlastung kleinerer Anlagen für administrativen Aufwand; Marktzuschlag auf Börsenpreis mit depressiver Ausgestaltung, ohne Unterscheidung nach Anlagengrößen (statt EEG-Marktpremie).	[...] das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garantierte, kostenorientierte Vergütungssätze – erhalten; [...] im EEG Anreize dafür schaffen, dass regenerative Erzeugungsanlagen stärker der Funktionsfähigkeit des gesamten Energiesystems dienen.
Reform des Strommarktdesigns	Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten; Damit Strom auch in Zukunft immer an jedem Ort und zu jeder Zeit zur Verfügung steht, treiben wir den Ausbau der Stromnetze voran und entwickeln neue Speichertechnologien.	Erhalt des Einspeisevorrangs erneuerbarer Energien; Neukonzeption des Systems der Strompreisbildung unter Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit; Verstärkte Übernahme von Verantwortung durch erneuerbare Energien für eine stabile Versorgung (Bereitstellung von Systemdienstleistungen); Bedarfsgerechte Stromerzeugung durch Verknüpfung der	Verändertes Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle- und Atomstrom ausgerichtet ist; Anreize zur Kapazitätsbereitstellung; Kapazitätsmechanismen, die im Strommarkt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellen; Wind und Sonne als Basis der dezentralen Stromerzeugung; in sonnen- und windarmen	Erhalt des Einspeisevorrangs für erneuerbare Energien, aber regionale und befristete Aufhebung bei neugroßen Anlagen durch Abschluss der Bundesnetzagentur bei instabilen Netzverhältnissen; Zukünftig zusätzliche Entlohnung der Bereitstellung von Leistung; Klare und verlässliche Rahmenbedingungen für	Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält, das einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs abdeckt [...]; Vorrangige Einspeis-

		<p>erneuerbaren Energien untereinander, von erneuerbaren und fossiler Energieerzeugung, von erneuerbaren Energien und Verbrauchsmangement;</p> <p>Kurzfristig pragmatische Lösungen für regional fehlende gesicherte Kapazitäten, da weitere Erfahrungen vor Einführung umfassender Kapazitätsmärkte notwendig;</p> <p>Berücksichtigung europäischer Kraftwerkskapazitäten bei Reserveleistung.</p>	<p>Zeiten können bestehende Speicher und hocheffiziente Gaskraftwerke als Ausgleichstechnologie die Lücken ausfüllen;</p> <p>Innovative Techniken ausbauen und fördern (Technologie-Wettrennen) wie Biomassekraftwerke, Lastmanagement, Smart Grids, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas »Power-to-Gas«.</p>	<p>Investitionen in Reserve- und Ersatzkraftwerke durch Anreizsystem auf Bundesebene, mittelfristig durch neues, marktwirtschaftliches Förder- und Marktdesign.</p>	<p>sung von Ökostrom, garantierte, kostenorientierte Vergütungssätze [...] Klimaschutzpfad im Stromsektor vorgeben und Planungssicherheit herstellen.</p>
<p>Einrichtung eines Energieministeriums</p>		<p>Bündelung der Kompetenzen in Energieministerium;</p> <p>»Deutscher-Energie-Rat« im Energieministerium für Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft;</p> <p>Gründung eines Bundestagsausschusses »Energie«; Aufstellung und jährliche Fortentwicklung eines »Masterplan Energiewende«.</p>	<p>Kompetenzenweiterung des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium;</p> <p>Den Bundesländern fällt eine verantwortungsvolle Aufgabe insbesondere bei der räumlichen und zeitlichen Steuerung des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie der erforderlichen Netze- und Speicherinfrastrukturen zu;</p> <p>Energieversorgung soll dezentral und bürgernah sein.</p>	<p>Bündelung aller Verantwortung und Bundesaufgaben im Zusammenhang mit der Energieerzeugung und Energieversorgung in zentraler Koordinierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi).</p>	<p>Langfristig wird ein Masterplan für Deutschland für eine Eigenenergieversorgung erarbeitet und umgesetzt.</p>

Energiewende II: Akzeptanz und Partizipation

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Verteilungs- und sozialpolitische Implikationen der Energiewende	<p>Investitionen in Energie-sparmaßnahmen [...] finanziell fördern. Die Umsetzung soll sich für Eigentümer und Mieter lohnen;</p> <p>Über eine steuerliche Förderung [...] zusätzliche Anreize für private Investitionen bei der Gebäudesanierung auslösen.</p>	<p>Steigerung der Energieeffizienz als Antwort auf steigende Energiepreise: möglichst geringe Belastungen für Stromkunden und für die in Deutschland produzierende Industrie;</p> <p>Ausschöpfung von Preissenkungspotenzialen auf Erzeugungs- und Verbrauchsseite;</p> <p>Reduktion des Anteils von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis; Senkung der Stromsteuer;</p> <p>Einführung einer von der Steuer weitestgehend befreiten Grundversorgung;</p> <p>Energieberatungen und neue Förderprogramme für Haushalte und kleine Unternehmen zur Anschaffung energieeffizienter Geräte und Anlagen; keine Anrechnung der Zuschüsse auf Grundsicherung;</p> <p>Förderung von für Mieter bezahlbaren energetischen Sanierungen; keine Verdrängung von Mietern aus sanierten Wohnungen.</p>	<p>Die Stromkosten können wir alle selbst am einfachsten senken, indem wir unseren Stromverbrauch senken.</p> <p>Auch der Strompreis muss für alle bezahlbar bleiben;</p> <p>[Bessere] Energieberatungsangebote;</p> <p>Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte;</p> <p>Gerechtere Finanzierung der Energiewende.</p>	<p>Bezahlbarkeit von Energie für alle Bürger, mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie;</p> <p>Regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Zeitplans und der Wirkung aller Fördermaßnahmen;</p> <p>Strompreisbremse zum 1. Januar 2014, aber ohne Eingriffe in rechtswirksame Förderzusagen;</p> <p>Absenkung der Stromsteuer auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß;</p> <p>Steuerliche Entlastung bei energetischer Gebäudesanierung;</p> <p>Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer unverzichtbar, aber nur für energieintensiv produzierende Unternehmen im internationalen Wettbewerb.</p>	<p>Um Energiearmut zu vermeiden, muss der Basisverbrauch für alle bezahlbar bleiben;</p> <p>Vielverbraucher sollen mehr bezahlen, um diese Maßnahme mitzufinanzieren;</p> <p>Die energetische Gebäudesanierung muss öffentlich gefördert werden, damit sie nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht.</p>

<p>Berücksichtigung und Lösung von Akzeptanzproblemen der Energiewende</p>	<p>Bürger [sollen] sich auch finanziell am Ausbau und Nutzen der Netze beteiligen können. Das erhöht die Akzeptanz der notwendigen Investitionen; [Bürger] sollen Anteile am Netz erwerben können und über eine »Bürgerdividende« regelmäßig an den Gewinnen beteiligt werden; Beim notwendigen Bau neuer Stromtrassen wollen wir eine frühzeitige Einbindung der Bürger vor Ort sicherstellen und den Dialog suchen.</p>	<p>Akzeptanz und Durchsetzbarkeit durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • frühzeitige Konsultation der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen; • Beteiligungen der Bevölkerung („Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften etc.); <p>Clearingstelle »Naturschutz und Energiewende« für Kommunen, Bürgerinitiativen, Planungsträger, Energiewirtschaft und Umweltverbände; »Deutscher-Energie-Rat« (vgl. oben).</p>	<p>Sinnvoller Netzausbau: [Förderung] kommunale[r] Klima- und Energiekonzepte; [Ausbau von] Kraft-Wärme-Kopplung; Örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze wieder in kommunale Hand; Energieerzeugung in Bürgerhand; Beteiligung der Öffentlichkeit; Beteiligungsmöglichkeiten [und Einbeziehung] für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten.</p>	<p>Sicherstellung des beschleunigten Ausbaus der Energienetze bei gleichzeitiger Beteiligung der Bürger.</p>	<p>Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, [...] und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz, auch auf lokaler Ebene [...]; Dezentrale, [...] in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch aussteht ist.</p>
<p>Konflikte zwischen Energiewende und Umweltschutz</p>	<p>Wir wollen möglichst viele land- und forstwirtschaftliche Flächen erhalten; Damit das umwelt- und klimaverträglich geschieht, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen.</p>	<p>Sozial- und umweltverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien; Clearingstelle »Naturschutz und Energiewende« (vgl. Akzeptanzprobleme).</p>	<p>Beim Ausbau von Erneuerbaren [...] Berücksichtigung naturschutzfachlicher Vorgaben.</p>		<p>Der Import von Agro-Sprit muss verboten werden, weil er die Ernährung der Menschen und die biologische Vielfalt im globalen Süden gefährdet.</p>